Etatfragen sind Machtfragen

Nicht Koalition und Parlament, sondern Klassenkampf und Arbeiterdiktatur führen zum Sozialismus / Kommunistische Abrechnung mit dem Bürgerblock und dem linkssozialdemokratischen Reformismus im Sächsischen Landtag

72. Landtagssitzung

Dresden, den 9. März 1928.

Die heutige Fortsetzung der Etatdebatte läßt die zweite „Rednergarnitur" der Parteien zu Worte kommen. Als erster beschäftigt sich der Deutschnationale Berg hauptsächlich mit der Begründung der reaktionären Verwaltungsreformwünsche seiner Partei. Außerdem wendet er sich besonders gegen die Staatsbetriebe als „Konkurrenten" des Privatbetriebes.

Finanzminister Weber wendet gegen die Begründung Bergs ein, daß die Staatsbetriebe dem Privatkapital keine Konkurrenz machen und beruft sich dabei besonders auf die Ausführungen des Altsozialisten Bethke bei seiner Begründung zur Zustimmung zum Etat. Da im Verlaufe der gestrigen Debatte der Altsozialist Bethke auch ausführlich die ASP-Linie der Reichspolitik der Sozialdemokratie — gestützt auf die Ausführungen Severings auf seiner Versammlungstour — aufgezeigt und ausdrücklich dieser Politik grundsätzlich zugestimmt hat, versucht als zweiter SPD-Redner der Abgeordnete Edel diese Beweisführung zu verwischen. Wie er das macht, ist wiederum bezeichnend für die ebenso gefährliche wie schändliche Rolle des zentristischen „linken" Führerklüngels der SPD. Er stellt fest, daß die ASP-Führer vom Bürgertum gekauft worden sind, wie eine Tonne Heringe vom Krämer". Er nennt richtig die Bethke, Heldt und Konsorten „Interessenvertreter des Bürgertums" und spricht davon, daß das Bürgertum trotz aller vorhandenen Gegensätze im Kampf gegen die Arbeiterklasse stets eine reaktionäre Einheitsfront bildet — aber er sagt kein Wort über die Stellungnahme Severings, über die Politik der preußischen und Reichstagsfraktionen der SPD, weil eben nicht zu bestreiten ist, daß diese Politik sich höchstens in der Phraseologie, niemals aber in der Praxis von der ASP in Sachsen unterscheidet. Er verweist lediglich auf einen Zeitungsartikel Severings, der die ASP-Politik angreife. Die radikalen, sehr oft von jedem Revolutionär zu unterschreibenden Formulierungen dienen den Edel, Arzt u. Co. eben nur dazu, die wachsende revolutionäre Stimmung der sächsischen Arbeiterschaft aufzufangen, um den Kampfwillen der Massen zu verfälschen zum Nutzen für dieselbe SPD, deren Propagandaredner Severing heute schon in seinen Reden die Koalitionsbereitschaft mit allen bürgerlichen Parteien einschließlich den Deutschnationalen erklärt. „Linker" parlamentarischer Opportunismus in Reinkultur, das ist die Basis dieser „revolutionären" sozialdemokratischen Parlamentarier, und der Schluß: Er faselt etwas von „Stalinschem Opportunismus", im übrigen sei er „zu großzügig", um auf die Anwürfe des kommunistischen Redners einzugehen; die SPD fürchte sich nicht vor der Entlarvung durch die Kommunisten. Die Sozialdemokratie kämpfe für eine — demokratische Entwicklung in Sachsen. **Zu einem erfolgreichen Kampfe gehöre jedoch eine — Einheitsfront der Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie.** Sie allein führe auf den Weg zum Sozialismus ..., dem im Wahlkampfe zum Siege verholfen werden würde.

Diese bezeichnende Kombination von „revolutionärer" Phrase und parlamentarischem Kretinismus bildet den Höhepunkt der linkssozialdemokratischen Redeflut.

Auf Edel folgt der Industriellenvertreter Dr. Frucht (Volkspartei), der offen als „Vertreter der Wirtschaft" die Wünsche der sächsischen Kapitalisten auf Sparsamkeit zuungunsten der Sozialfürsorge begründet.

Interessant ist, daß diesmal wieder der Finanzminister genötigt ist, die mit der Begründung der Wünsche auch vom Abg. Frucht geübte Kritik zurückzuweisen. Er erklärt, daß — wenn weiterhin ein Redner der Regierungsparteien nach dem anderen an den Vorlagen der Regierung öffentlich Kritik übt — er nicht daran denke, weiterhin die Geschäfte der Regierung zu verwalten. Er wünscht, daß die Parteien, die selbst Beschlüsse gefaßt haben, die jetzt die Regierung durchführt, nicht aus Unkenntnis, wie dies Dr. Frucht getan, diese Maßnahmen kritisieren. Die Kritiker in den Reihen der Regierungsparteien hätten gar keine Ahnung vom diesjährigen Etat. (Lebhaftes Hört! Hört! und Gelächter links.) Unter großer Unruhe verläßt Weber die Tribüne.

Genosse Lieberasch

weist auf die Tatsache hin, daß dieser Streit in der Regierungsfamilie recht drastisch unterstreiche, daß die Industrie mit Recht die Regierung als ihre Untergebenen ansieht und deshalb dem Finanzminister Weber auch noch klargemacht werden muß, daß er sich alle Schuriegeleien gefallen lassen muß. Die Interessen der Industriellen sind es, die die Basis der Regierung und deshalb auch die des Etats bilden müssen. Eingehend auf den Angriff Edels gegen die Kommunisten stellt Genosse Lieberasch fest, daß Edel nichts geantwortet hat auf die Frage, was die sächsische Sozialdemokratie zu den Reden Severings sagt.

Die Politik der ASP ist nichts anderes als die, der linken Phrasen entkleidete grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie.

Edel hat zwar vom Kampf mit dem Sozialismus geredet, er ist aber der Beantwortung der Frage ausgewichen, ob er nicht wie Kautsky, wie die gesamte Führung der SPD und der ASP diesen „Weg" in der Koalition und in der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens und der bürgerlich-kapitalistischen „Demokratie" sieht. Gerade die Frage des Kampfes um die Macht muß jedoch vor der Arbeiterschaft grundsätzlich klargestellt werden, weil überall das Bürgertum in allen kapitalistischen Ländern zur Unterdrückung der Klassengegensätze zu legalen faschistischen Diktaturen rüstet oder sie bereits durchgeführt hat. Demgegenüber muß man der Arbeiterschaft zeigen, daß der bürgerliche Staat — gleich welcher Form — als Unternehmerorgan betrachtet werden muß. Das zeigen deutlich die Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen und die Sperrung von Unterstützungsmöglichkeiten in den Wirtschaftskämpfen des vorigen und dieses Jahres. Im selben Augenblick, wo die Arbeiter ihr Recht auf Existenz gegen die Kapitalisten zu wahren versuchen, steht die ganze Macht des „überparteilichen" Staates auf der Seite des Kapitals. Gerade auf den hier offen zutage tretenden Charakter des bürgerlichen Staates muß man bei der Stellungnahme zum Etat hinweisen. So wird man leicht erkennen, daß der Etat nur zur Sicherung der Belange der sächsischen Industriellen und Großgrundbesitzer dient. Ein deutliches Beispiel geben dafür die „Arbeiten" des altsozialistischen Arbeitsministers, der als Angestellter der Arbeiter sein Wissen erworben und sich mit Hilfe echt sozialdemokratischer Koalitionspolitik zu einem offenen Interessenvertreter der Unternehmer entwickelt hat. Dieses schändliche Beispiel sollte gerade den Arbeitern die Bedeutung der Versprechungen der Sozialdemokratie zeigen, die allen Kampf für den Sozialismus auf die Abgabe des Stimmzettels, die Wahl von Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Ministern abzuschieben bemüht sind. Und dort, wo Sozialdemokraten als Führer von Gewerkschaften den Kampf der Arbeiter um Lohn und Brot gegen die Unternehmer zu vertreten hätten, verhindern sie systematisch einen einheitlichen Kampf aller Arbeiterschichten, wenden sie sich gegen Anwendung schärfster Kampfmittel im Interesse des kapitalistischen Wirtschaftsfriedens und würgen den Willen der Arbeiter zum Kampf gegen die staatliche Unterstützung der Kapitalisten bewußt ab. Sie spielen also im Klassenkampf dieselbe Rolle wie die Altsozialisten in der sächsischen Politik. Jetzt versteht man auch, weshalb Edel nicht geantwortet hat auf die Frage: Wie steht die sächsische SPD zum Rüstungs- und außenpolitischen Programm Severings, wie stehen die „Linken" zur Bereitschaft Severings zur Koalition mit dem Bürgertum, mit Einschluß der Deutschnationalen, wie stehen sie zur Sozial- und Wirtschaftspolitik dieses „Staatsmannes", dessen Auffassungen sich in keiner Weise vom ASP-Programm unterscheiden. Die Antwort erfolgte deshalb nicht, weil die „linken" Sozialdemokraten wohl in ihren Zeitschriften und ihrer Presse heuchlerisch über den reformistischen Einfluß auf die Arbeiterschaft heulmeiern, **weil sie aber in der Praxis keine andere Rolle spielen als die der revolutionär maskierten, phrasendreschenden Zutreiber des Reformismus,** denn nichts anderes bedeutet es, wenn statt Zentralisierung und Politisierung der Wirtschaftskämpfe als entscheidendes Mittel zur Vernichtung des Bürgerblockregimes im Reich und in Sachsen von dieselben „Linken" nur die Parlamentsneuwahl als Weg zum Sozialismus gepriesen und so in den Hirnen der Arbeiterschaft alte reformistische Illusionen zu neuem Leben erweckt werden. Dieser Politik setzen die Kommunisten die klare marxistische Stellungnahme zum Sturze des kapitalistischen Systems und seines Staates durch die gewaltsame Eroberung der politischen Macht und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats als einzigen Weg zum Sozialismus entgegen. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm.)

Genosse Lieberasch setzt dann den ausgesprochen kapitalistischen Charakter des Etats auseinander, geißelt die scharfmacherische Politik und die Vettern- u. Cliquenwirtschaft in den Staatsbetrieben. Diesem Etat und dieser Regierung sagt die sächsische Arbeiterschaft ihren erbitterten Kampf an, der sich gegen die Bürgerblock- und Koalitionspolitik richtet. Die Arbeiter mögen die Lehren ziehen aus den „Erfolgen" der sozialdemokratischen Politik, die eine Kette von Niederlagen für das Proletariat und nur „Erfolge" für die korrupten Führer der SPD brachte. Die Arbeiter müssen gleichzeitig erkennen, daß hinter den „wunderbar" revolutionär schillernden Phrasen der „linken" SPD ebenfalls nichts anderes steckt als das alte reformistische Gift der Koalition mit dem Bürgertum auf dem Boden des bürgerlichen Staates. **Sie werden dann begreifen, daß der Kampf gegen Bürgerblock und Ausbeutung nicht im Parlament entschieden werden kann, der Parlamentskampf soll und kann nur ein Spiegelbild der Reife und des Kampfwillens der Massen geben, sondern daß dieser Kampf erfolgreich geführt und ausgetragen wird außerhalb des Parlaments, in den Betrieben, den Hochburgen des Klassenkampfes. Zu den Methoden und eisernen Konsequenzen dieses Kampfes bekennt sich nur — das sollen und können die Arbeiter selbst nachprüfen — allein die Kommunistische Partei!** (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.) Im weiteren Verlauf der Debatte kündigt Dr. Kastner (Dem.) Ausschußanträge in den Theaterfragen und denen der Staatsbetriebe an.

Nach Abschluß der Aussprache geht die Vorlage des Staatshaushaltplanes an den Ausschuß zur Einzelberatung.

Zum Schluß der Sitzung werden eine Anzahl Anträge, u. a. auf **Einstellung höherer Mittel für die Jugendpflege,** in erster Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 15. März statt.

Außenpolitische Wochenschau

Mussolinis große Rede gegen die angeblich Italien von jenseits des Brenners her drohende Gefahr, war — mit so großem Lärm sie auch begleitet wurde — keine Siegesrede. Tatsächlich liegt schon darin, daß Mussolini überhaupt einen Anlaß fand, gegen die sonst und noch zuletzt in der Waffenaffäre, mit Ungarn und Italien eng verfippte Seipel-Regierung große Reden zu schwingen, die Bekundung eines gewissen Rückschlages, den die italienische Blockpolitik erlitten hat. Seipels Reise nach Prag, über die wir vor einigen Wochen berichteten, bedeutete offenbar die Einleitung einer gewissen Schwenkung der österreichischen Regierung nach der Seite der kleinen Entente hin. Sicher wird diese Schwenkung nicht von langer Dauer sein, sicher war sie nur eine Demonstration gegen die Anschlußpolitik. Aber immerhin ist diese Annäherung an die Tschechoslowakei da: sie zeigte sich auf wirtschaftlichem Gebiete schon vor einigen Wochen in dem Beschluß, die österreichischen Staatsbahnen nicht weiter zu elektrifizieren, also von der tschechischen Kohle abhängig zu lassen, in verschiedenen Vereinbarungen über Handelserleichterungen — und tritt politisch nun zutage in der Veränderung der österreichisch-italienischen Beziehungen: vor einigen Wochen noch offene Hilfe bei der Vertuschung des ungarisch-italienischen Waffenschmuggels, heute plötzliche Erinnerung an die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Italien (die wahrhaftig nicht erst einige Wochen alt ist!). Es ist möglich, daß die kürzlich erfolgte Verständigung zwischen der Tschechoslowakei und der katholischen Kirche Seipel die Annäherung an die Tschechoslowakei erleichtert hat — für Mussolini ist das alles übrigens gleichgültig; wesentlich ist es, daß ein durch seine geographische Lage bei einem italienisch-jugoslawischen Konflikt entscheidend wichtiges Land nicht mehr zur unbedingten Einflußsphäre Italiens zu rechnen ist; daher die große Geste der Drohungen mit der Peitsche (das Zuckerbrot wird wohl inoffiziell dargeboten worden sein). Daß England sich mit Italien in dieser Frage solidarisiert, ist selbstverständlich — daß Frankreich auf diesem Wege eine italienisch-deutsche Annäherung zu verhindern hofft, auch. Fraglich ist nur, ob der deutsche Imperialismus heute schon stark genug ist, die Zustimmung Italiens zu einer Lösung der österreichischen Frage in seinem Sinne zu erlangen.

•

Wer der österreichisch-italienische Konflikt kein Zeichen der Stärke der italienischen Position, so ist dafür der bisherige Verlauf der Völkerbundstagung ein fast voller Erfolg für den ungarisch-italienischen Block, der sich in der Frage seiner illegalen Bewaffnung der deutschen und englischen Unterstützung erfreuen konnte. Daß England seine faschistischen Landsknechte beschützt, ist ziemlich selbstverständlich — daß Deutschland nicht geneigt ist, irgendwo Untersuchungen nach illegalen Waffen zuzulassen, ist ebenso bekannt. Aber bemerkenswert ist die Schwächlichkeit des Widerstandes, den Frankreich und die kleine Entente den Helfern Italiens entgegenzusetzen hatten: die kleine Entente mußte den mit dem italienischen Faschismus eng verbundenen Vertreter Rumäniens vorschicken, um einen offenen Abfall Rumäniens aus ihrer Front zu vermeiden und mußte kritiklos zuhören, wie sich Herr Titulescu nun bemühte, trotz aller Provokationen des ungarischen Vertreters die ganze Angelegenheit in möglichst harmloser Form abzuwickeln. Und Frankreich konnte keinen ernsten Vorstoß zur Erzwingung einer Völkerbundskontrolle über die ungarische Bewaffnung erzwingen — ja, Herr Briand mußte ohne Widerspruch erheben zu können, zusehen, wie der Ratsvorsitzende Tschengleh von Chamberlain ausgespielt wurde, weil er — doch sicher auf französischen Wunsch — gegen die zu Vertuschungszwecken unternommene Zerstörung der Waffen durch die ungarische Regierung Einspruch erhoben hatte. Schon in dem Protest, den diese — vom Standpunkt der Völkerbundsideologie doch selbstverständliche — Maßnahme des Ratsvorsitzenden hervorrief, zeigt sich klar, daß der Völkerbund längst nicht mehr in der Lage ist, seine ursprüngliche Aufgabe, die Sicherung der durch die Friedensverträge geschaffenen französischen Hegemonie auf dem Kontinent zu erfüllen.

Daran kann auch das Ergebnis der letzten „Sicherheits"verhandlungen — ganz abgesehen von dem sehr akademischen Charakter der Beschlüsse solcher Komitees — nichts ändern. Frankreich hat insofern seinen Willen durchgesetzt, als regionale Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens in einer bestimmten Zone als zulässig anerkannt wurden und als — im Gegensatz zu den englischen Wünschen — betont wurde, daß kein Staat auf eigene Faust, ohne Urteil des Völkerbundes, als Schiedsrichter in solche Konflikte eingreifen soll. Aber eine andere Frage ist es, ob Frankreich sehr viel Freude von diesen „Erfolgen" haben wird; ausdrücklich wurde betont, daß auch bei Defensivbündnissen kein Teilnehmer berechtigt sein soll, ohne Betrauung des Rates dem „angegriffenen" Bundesgenossen zu Hilfe zu eilen, während andererseits der Völkerbund als solcher nicht berechtigt sein soll, militärische Vorkehrungen für eine notwendige Interventionen zu treffen — dies wird den einzelnen Bundesmitgliedern überlassen. Und ferner hat Deutschland seinen Willen insofern durchgesetzt, als die Ausübung irgendeines Druckes auf einen Staat zur Teilnahme an regionalen Sicherungsvereinbarungen abgelehnt und zugleich betont wurde, daß die „Sicherheits"-Vereinbarungen die Möglichkeit „friedlicher" Vereinbarungen zur Revision der Friedensverträge nicht ausschließen sollen. Die französischen Erfolge tragen also recht problematischen Charakter: der Versuch, „regionale Sicherheitsverträge", an denen sich auf Völkerbundsbeschluß alle dafür in Frage kommenden Mächte (vor allem also Deutschland) beteiligen müßten, als „Sicherung" des durch die Friedensverträge geschaffenen Zustandes zu erlangen, ist gescheitert — was von dem Vorschlag übrig blieb, bedeutet nichts weiter als eine Legalisierung der von Frankreich (aber ebenso auch anderseits von Italien) ohnedies geübten Bündnisverträge. Da sich Frankreich heute auf den Völkerbund als Machtposition nicht mehr verlassen kann, bedeutet die Einschaltung des Bundes als Organ, das die Berechtigung einer Hilfeleistung an den Bundesgenossen zu kontrollieren hat, nur mehr eine Hemmung der französischen Bewegungsfreiheit, eine Störung des Bestrebens, seine kontinentale Machtposition (zu deren Verteidigung der Völkerbund offenbar nicht mehr geeignet ist) durch Ausbau des Bündnissystems zu sichern. Geht diese Entwicklung weiter, so kann der Augenblick kommen, wo Frankreich den ganzen zunächst als seine eigene Machtposition geschaffenen Völkerbund mehr oder minder als Ballast empfindet.

•

Die Dinge, die sich in diesen Tagen im nahen Orient abspielen, können zur Einleitung einer großen Krise führen. Daß sich die englisch-ägyptischen Beziehungen in den letzten Tagen bis zu offenen Drohungen mit der Verschärfung der militärischen Besatzung und mit der teilweisen Sperre des für Ägypten lebenswichtigen Nilwassers zugespitzt haben, ist noch nicht das wichtigste: solche Krisen hat es in den letzten Jahren genug gegeben, und sie haben — teils infolge der sehr begründeten Angst der ägyptischen Bourgeoisie vor einem Appell an die breiten Volksmassen, teils infolge der rein technischen Ueberlegenheit Englands — bisher stets mit Kompromissen geendigt, die kaum mehr eine Verhüllung der englischen Diktatur waren. Aber wenn England heute der — volle Unabhängigkeit im Rahmen des englischen Imperiums fordernden — ägyptischen Regierung erklärt, daß die über Ägypten führenden Verbindungswege des britischen Reiches zu wichtig seien, um dem ausschließlichen Schutze ägyptischer Truppen anvertraut werden zu können, so hat diese Bemerkung eine sehr reale Grundlage: ein Aufstand ganz Arabiens gegen die englischen Positionen liegt heute im Bereich des jeden Augenblick Möglichen.

Im allgemeinen hat es der britische Imperialismus sehr gut verstanden, die dauernden Streitigkeiten der verschiedenen arabischen Stämme zur — bei der weiten Ausdehnung des Landes militärisch kaum durchführbaren — Sicherung seiner wichtigsten Positionen des mesopotamischen Tieflandes mit den Erdölgebieten des Irak (Mossul) und des Suezkanals auszunutzen. Als vor einigen Jahren die Städte des inneren Mekka und Medina eroberten, hat England, das mit seinen dort eingesetzten Schützlingen gerade in Streit lag, das gar nicht ungern gesehen — so wenig wie die dauernden Kleinkriege in Südarabien (um so mehr, als sich diese gegen das italienische Einflußgebiet richteten). Nun aber beginnt sich die Stoßkraft der Wüstenstämme in die für England gefährlichsten Richtungen zu orientieren: nach Norden, gegen Transjordanien, das Bindeglied zwischen Ägypten-Palästina und Mesopotamien — und nach Osten gegen den Irak selbst. Zunächst handelte es sich offenbar um Verstöße einzelner Stämme gegen das fruchtbare Weideland der englischen Schutzgebiete — aber die blutigen Repressalien, die die englischen Flugzeuge gegen diese Stämme ergriffen, haben immer weitere Massen in Bewegung gesetzt, so daß sich zuletzt — wahrscheinlich sehr gegen seinen Willen — der Wahabiten-Führer Ibn Saud mit der antienglischen Bewegung solidarisch erklären mußte. Kommt es wirklich zu einem Vorstoß aller innerarabischen Stämme gegen die englischen Mandatsgebiete, so würden die vorhandenen Truppen und Kampfmittel nicht ausreichen: ein Kolonialkrieg allergrößten Stiles wäre das Ergebnis, der für England um so peinlicher werden könnte, als er sich bei der Unzugänglichkeit des Wüstengebietes durch viele Jahre hinziehen könnte und nicht, wie in Ägypten, durch einfache, technische Maßnahmen (Absperrung des Wassers, Blockade der Küsten) zu beenden wäre. Und zudem hätte ein solcher Krieg die unangenehme Eigenschaft, sie bei der geringsten Niederlage Englands durch neue Aufstände in den heute niedergehaltenen Gebieten auszudehnen — während englische Erfolge die Wüstenstämme eben einige hundert Kilometer zurückdrängen würden, ohne dabei strategisch etwas auf die Dauer zu erreichen. So sind die im Osten Arabiens, über den Irak führenden Verbindungen Englands mit Indien heute schwer bedroht: begreiflich, daß England heute mit allen Mitteln versucht, seine Position an der Westlinie, in Ägypten, festzuhalten. Nur daß größere Erfolge der arabischen Freiheitsbewegung auch die Lage in Ägypten zwangsläufig verändern, einen erfolgreichen Aufstand und eine Bedrohung des Suezkanals in den Bereich der Möglichkeit rücken würden.